

Quelle: <http://www.ksta.de/html/artikel/1189361578937.shtml>

Kibiz muss zum Nachsitzen

ERSTELLT 12.09.07, 17:28h, AKTUALISIERT 12.09.07, 21:18h

FDP will auch Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz für Zweijährige durchsetzen.

Düsseldorf - Die FDP zieht Konsequenzen aus der katastrophalen Anhörung zum umstrittenen Kinderbildungsgesetz (Kibiz) und will den Gesetzentwurf gründlich überarbeiten. So will sie unter anderem die Finanzierung der Kindergärten wieder stärker an Gruppenpauschalen orientieren und damit weg von der Kindpauschale, die Familienminister Armin Laschet (CDU) favorisiert. Insbesondere diese Finanzierung hatten die Verbände in der zweitägigen Anhörung scharf kritisiert. Außerdem stellt die FDP die geplante Senkung des Kirchenanteils in Frage. Schließlich wollen die Liberalen in Verhandlungen mit der Union einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Zweijährige von 2010 an durchsetzen.

FDP-Fraktionsvize Christian Lindner sagte dem „Kölner Stadt-Anzeiger“, es seien „tief greifende Veränderungen am Gesetzentwurf nötig“. Erste Gespräche mit der CDU liefen bereits. Es werde gegenwärtig beraten, ob finanzielle Risiken für einzelne Träger verringert und die Qualitätsstandards bei der pädagogischen Arbeit verbindlicher gestaltet werden müssen, sagte Lindner. „Insbesondere ist die Entscheidung noch nicht getroffen, ob wir uns bei der Finanzierung wirklich nur spitz an einzelnen Kindern oder doch wieder stärker an Gruppen orientieren sollten.“ Für „Verwunderung und Überraschung“ habe, so der FDP-Politiker, die Ankündigung der Kirchen in der Anhörung gesorgt, an schon beschlossenen Gruppenschließungen festzuhalten, obwohl die Koalition den Eigenanteil der Kirchen von 20 auf 12 Prozent senke. Lindner will dieses „Geschäft ohne Gegenleistung“ nicht akzeptieren.

Quelle: <http://www.ksta.de/html/artikel/1189361579683.shtml>

Einsichten in Düsseldorf

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN, 12.09.07, 21:17h, AKTUALISIERT 12.09.07, 21:24h

Die Liberalen im Düsseldorfer Landtag haben recht: Der Entwurf für ein neues Kindergartengesetz muss dringend überarbeitet werden. Das ist die logische Konsequenz aus der Anhörung von Verbänden und Experten, in der der Entwurf förmlich in der Luft zerrissen wurde. Wenn solche Veranstaltungen keine Farce sein sollen, sollte auch die CDU zu Korrekturen bereit sein.

Die Träger der Kindergärten müssen zuverlässig planen können. Der im Gesetzentwurf enthaltene Mischmasch aus Gruppen- und Kindpauschale für die Finanzierung der Einrichtungen liefert diese Verlässlichkeit aber gerade nicht. Sie ist aber notwendig für eine stabile Personalpolitik, ohne die es wiederum keine vernünftige, pädagogisch anspruchsvolle Kinderbetreuung geben kann.

Leider drücken sich FDP und Union aber bislang vor einem anderen zentralen Problem: Die Koalition muss auch noch einmal das Thema Elternbeitrag anpacken. Man bürdet den Familien zu viel auf, wenn sie 19 Prozent der Gesamtkosten tragen müssen. Schwarz-Gelb in Düsseldorf sollte dies endlich einsehen.

Quelle: <http://www.ksta.de/html/artikel/1189361579548.shtml>

FDP hofft auf Einlenken der Kirchen

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN, 12.09.07, 21:18h, AKTUALISIERT 12.09.07, 21:23h

Düsseldorf - Im Streit um das neue Kinderbildungsgesetz (Kibiz) fordert FDP-Generalsekretär Christian Lindner von den Kirchen, auf Schließungen von Kindergarten-Gruppen zu verzichten. Andernfalls könne der Eigenanteil der Kirchen nicht von 20 auf zwölf Prozent gesenkt werden. Bislang war vorgesehen, die Kirchen dadurch um 104 Millionen Euro jährlich zu entlasten. „Aber an diesem Vorhaben können wir nur festhalten, wenn von diesen Mitteln die Kindergärten und nicht die Generalvikare profitieren“, sagte Lindner. Sollten die Kirchen bei ihrer Haltung bleiben, denkt die FDP-Fraktion daran, den Kirchen-Anteil nur auf 14 Prozent zu senken. Dadurch hätten Land und Kommunen jährlich 26 Millionen Euro zur Verfügung, um Kindergärten mit Problemen oder eingruppierten Einrichtungen zu helfen.

Änderungsbedarf am Kibiz-Entwurf sieht die FDP-Fraktion auch bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Inzwischen gebe es, so Lindner, eine Einigung zwischen Bund und Ländern in dieser Frage. Danach erhält NRW bis 2013 vom Bund 481,5 Millionen Euro für Investitionen sowie 382,5 Millionen Euro für U-3-Betreuung. Damit wolle die FDP in NRW ab 2010 den Rechtsanspruch auf einen Platz „vom dritten auf den zweiten Geburtstag vorziehen“, sagt Lindner. Die „Platzgarantie ab zwei“ sei ein „notwendiger und finanzierbarer Zwischenschritt“, da der Bund ohnehin beschlossen habe, ab 2013 einen Rechtsanspruch auf Betreuung schon ab dem ersten Geburtstag zu schaffen. Bisher hatte die Koalition in Düsseldorf für Kinder zwischen zwei und drei Jahren im Jahr 2010 eine Betreuungsquote von 40 Prozent geplant. Ein Rechtsanspruch erfordere eine Aufstockung auf 55 bis 60 Prozent, urteilt Lindner. Dies bedeute, dass NRW bis 2010 gegenüber den bisherigen Plänen 30 000 zusätzliche Plätze für Kinder in dieser Altersgruppe schaffen müsse.

Quelle: <http://www.ksta.de/html/artikel/1189548076402.shtml>

ver.di ruft zu Demo gegen KiBiz auf

ERSTELLT 12.09.07, 17:30h

Düsseldorf - Die Gewerkschaft ver.di hat erneut zur Großdemonstration gegen das geplante Kinderbildungsgesetz (KiBiz) am Samstag in Düsseldorf aufgerufen. Wenn der von NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) vorgelegte Gesetzentwurf Wirklichkeit werde, komme es zu einer ähnlich schlechten Situation wie in den Altenheimen, kritisierte ver.di-Expertin Martin Peil vom Landesbezirk NRW am Mittwoch in Düsseldorf.

Das KiBiz produziere chaotische Betreuungsverhältnisse, erkläre Peil weiter. Die im Entwurf vorgesehenen pauschalen Finanzierungen würden zwar der Landesregierung Planungssicherheit bringen, aber die "Situation vor Ort unplanbar" machen. "Wenn jedes Jahr für jedes Kind neue Betreuungszeiten zwischen 25 und 45 Stunden gebucht werden und sich zusätzlich die Altersstruktur der Gruppen verändert, ist eine professionelle Betreuung nicht mehr durchführbar." Was die Kinder bräuchten, seien aber Verlässlichkeit und motivierte, gut ausgebildete Erzieherinnen.

Die Auftaktkundgebung der Gewerkschaften findet den Angaben zufolge am Samstag um 12 Uhr vor dem DGB-Haus an der Friedrich-Ebert-Straße statt. Anschließend ziehe der Demonstrationzug zur Hauptkundgebung um 14 Uhr vor den Düsseldorfer Landtag, kündigte ver.di an. (epd)